Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

WEITBLICK

Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 21 Quartal 3/2025

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

die neue Bundesregierung hat das schwere Erbe der Ampel angetreten. Die Wähler haben für Veränderung gestimmt. Doch ihre Hoffnungen wurden enttäuscht. Der Abwärtskurs in Sachen Wirtschaft, Energie und Sicherheit geht ungebremst weiter und macht auch vor den Grundwerten nicht halt.

Auf die Frage, ob er es mit seinem Gewissen vereinbaren könne, eine Kandidatin in das Bundesverfassungsgericht zu wählen, für die „einem Kind, das neun Monate alt ist, zwei Minuten vor der Geburt keine Menschenwürde zukommt", antwortete Bundeskanzler Merz am 9 Juli: „... auf Ihre hier gestellte Frage ist meine ganz einfache Antwort: Ja."

„Mein Körper, meine Entscheidung, dachte das Baby und wählte das Leben" (Vanessa Behrendt im Weitblick Ausgabe 20) wird es mit Friedrich Merz so nicht mehr geben. Wer seine Kinder tötet, der tötet am Ende sich selbst, liebe CDU.

Beim Thema Verfassungsschutz kommt unser Land ebenfalls nicht zur Ruhe. Die Regierung bekämpft die Opposition mit vermeintlich rechtsstaatlichen Mitteln. Unser baden-württembergischer Experte für Innere Sicherheit, Martin Hess, setzt sich in dieser Ausgabe auf Seite 9 mit dem sogenannten Verfassungsschutz auseinander und klärt über die Hintergründe auf.

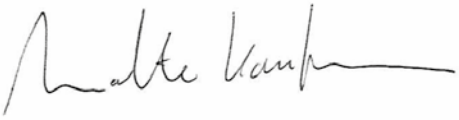
Meine erste Besuchergruppe der neuen Wahlperiode kam aus meinem Wahlkreis in Baden-Württemberg und hat sich mehrere Tage in Berlin umgeschaut. Freuen Sie sich auf einige persönliche Eindrücke dieser Reise.

Sicherheit und Zusammenarbeit sind zwei wichtige Themen. Als Wahlbeobachter der OSZE durfte ich im Mai die Parlamentswahl in Albanien sowie die Präsidentschaftswahl in Polen begleiten. Im Juli nahm ich an Konferenzen der OSZE in Rom und Porto teil.

Neues aus der Region finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe. Eine engagierte Bürgerinitiative stoppt möglicherweise den Windkraftausbau im Odenwald bei Dossenheim und Schriesheim (Interview mit Dr. Andreas Geisenheiner auf Seite 13).

Ich wünsche Ihnen eine abwechslungsreiche und spannende Lektüre im oder auch nach dem wohlverdienten Urlaub. Die Arbeit unserer Bundestagsfraktion für unser geht Land unvermindert weiter.

Darauf dürfen Sie sich verlassen.
Ihr



Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Bundestages
Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

IN DIESER AUSGABE

Sommerfeste, Themenabende, Bürgerdialoge ..... Seite 3
Fraktionsklausur im Juli: Der 7-Punkte-Plan „Sicherheit für Deutschland" ..... Seite 4
Wirtschaft und Energie: Das schweres Erbe der Ampel ..... Seite 5
Informationsfahrt des Bundespresseamtes ..... Seite 8
Gastbeitrag Martin Hess ..... Seite 9
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: OSZE und PACE ..... Seite 10
OSZE-Wahlbeobachtungen ..... Seite 11
Bürgerinitiative erzwingt Bürgerentscheid ..... Seite 12
Der verzweifelte Kampf des FC-Bundestag ..... Seite 13
Über die Desiderius-Erasmus-Stiftung und das linke Vorfeld ..... Seite 14

„DAS INTERESSE DER BÜRGER IST GRÖSSER ALS DER HASS UNSERER GEGNER“

Die politische Polarisierung in Deutschland nimmt immer weiter zu. Die selbsternannten Guten versuchen die erfolgreiche Opposition bei jeder Gelegenheit zu behindern. Das geht von Drohungen gegen Wirtsleute bis zur Blockierung von Zufahrten sowie Verwüstung von Lokalitäten. Daher müssen öffentliche Veranstaltungen der AfD-Fraktion oder eines Gebietsverbandes von der Polizei – bei Teilnahme von bekannten Abgeordneten auch vom BKA – abgesichert werden. Regelmäßig geht die Polizei sogar mit Spürhunden vorher durch die von der AfD angemieteten Hallen. In einem Bericht des Bundeskriminalamts zu politisch motivierter Gewalt heißt es in Bezug auf die AfD wörtlich: „Die Wahlerfolge der Partei wirkten mobilisierend auf Teile der linken Szene.“

Trotzdem gab es in den letzten Monaten wieder zahlreiche Möglichkeiten für die Bürger, mit Vertretern von Fraktion und Partei in Kontakt zu kommen. Und die Bürger machen von diesen Möglichkeiten spürbar immer mehr Gebrauch. Dr. Malte Kaufmann sagt dazu: „Das Interesse der Bürger an der AfD ist größer als der Hass unserer Gegner. Wir können gar nicht dankbar genug sein, dass die Menschen die totalitären Methoden durchschauen und sich unabhängig davon eine Meinung über uns bilden wollen.“

Am 24. Mai fand das öffentliche Frühlingsfest der AfD Brühl statt. Obwohl es in der Nacht davor zu Verwüstungen der Grillhütte kam – Wände, Bänke und Tische wurden mit Farbe besprüht – konnte das Grillfest ab 15:00 Uhr mit den Gästen Anna Nguyen, Achim Köhler, Marc Bernhard, Martin Hess,

Frühlingsfest der AfD Brühl: Beste Laune trotz Vandalismus linker Chaoten.

Bürgerdialog im Heidelberger Emmertsgrund.

Heinrich Koch und Malte Kaufmann beginnen. Bei Livemusik und fabelhaftem Essen ließ sich keiner die Laune verderben.

Eine Woche später war Malte Kaufmann im hessischen Büdingen zu Gast zusammen mit seiner bayerischen Bundestagskollegin Gerrit Huy. In Heusenstamm fand am 13. Juni ein Bürgerdialog der AfD Offenbach-Land statt, an dem Malte Kaufmann als Redner beteiligt war. Am 12. Juli trat Kaufmann bei einem Themenabend zur wirtschaftlichen Situation Deutschlands in Kleinwallstadt in der Nähe von Aschaffenburg auf und am 15. Juli referierte er auf Einladung der Regionalgruppe Mainfranken der Christen in der AfD, warum der christliche Glaube und ein Engagement für die AfD Politik keine Gegensätze sind.

Eine der letzten Veranstaltungen vor der Sommerpause war schließlich der große Bürgerdialog der AfD-Landesgruppe im Heidelberger Emmertsgrund. Auch hier konnten viele neue Interessierte begrüßt werden, denn die Vorträge von Malte Kaufmann, Marc Bernhard, Jürgen Kögel und Anna Nguyen waren gut besucht, auch wenn antifaschistische Gruppen stark gegen die AfD mobilisiert hatten und die Besucher des Bürgerdialogs geschützt werden mussten vor hysterischen Demonstranten.

Auch wenn Veranstaltungen der AfD Organisatoren, Helfer, Sicherheitspersonal und Polizei immer wieder vor Herausforderungen stellen, bleiben diese Termine wichtig für die politische Arbeit von Fraktion und Partei. Denn nur so ist es möglich, Inhalte unverfälscht zu kommunizieren. Der bürgernahe Dialog ist und bleibt ein wichtiger Teil der politischen Arbeit.

FRAKTIONSKLAUSUR IM JULI: DER 7-PUNKTE-PLAN „SICHERHEIT FÜR DEUTSCHLAND“

Anfang Juli traf sich die AfD-Bundestagsfraktion zur Klausur in Berlin. Als wichtigstes Ergebnis dieses intensiven Arbeitstreffens wurde ein 7-Punkte-Plan verabschiedet, der Deutschland aus der Krise führen soll. Er behandelt die Wiederherstellung von Sicherheit in vielen relevanten Bereichen, denn für die deutschen Bürger, die sich immer mehr Sorgen machen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel, und für die deutschen Unternehmen, die unter Bürokratie und Energiepreisexplosionen leiden, gibt es keine Zeit mehr zu verlieren. Ausführlich nachlesen können Sie die Ergebnisse auf der Website der Fraktion. Folgen Sie einfach diesem QR-Code:

Hier sind die Positionen kurz zusammengefasst:

1. Innere Sicherheit:
Strikter Grenzschutz, Abschiebung (vor allem nach Syrien und Afghanistan), Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme, Abschaffung des Einbürgerungsanspruchs, Bekämpfung von Islamismus und Nulltoleranz bei Gewaltkriminalität.

2. Wirtschaftsstandort:
Senkung von Steuern (Einkommen- und Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag), Fachkräfteförderung durch bessere Bildung und Nettoentlastung, Abschaffung von Lieferkettengesetz und Verbrennerverbot, Vereinfachung von Vorschriften, Förderung von Forschung und Innovation.

3. Energie:
Reduzierung von Strom- und Energiesteuern, Wiedereinstieg in die Kernkraft, Reparatur der Nord-Stream-Pipelines, Stopp der Energiewende und des Windindustrieausbaus.

4. Außenpolitik:
Entwicklungshilfe und Visa an Migrationskontrolle knüpfen, Kampf gegen Asyllobby und Schlepper, Friedensverhandlungen in der Ukraine, Aufhebung von Russland-Sanktionen, keine Beteiligung an irrelevanten Konflikten.

5. Verteidigung:
Stärkung der Bundeswehr durch Neuaufstellung und Wiedereinführung der Wehrpflicht.

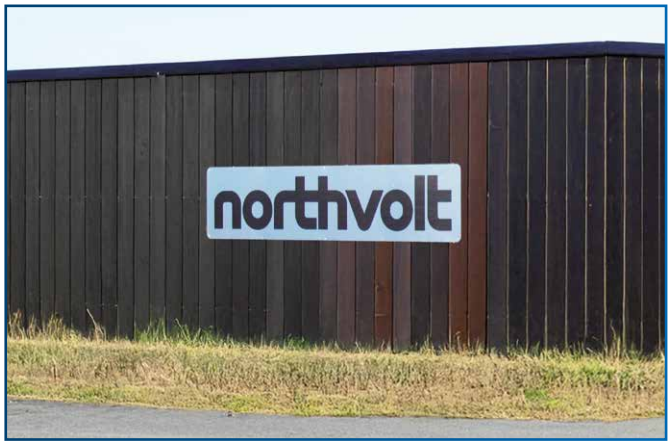
6. Soziale Sicherheit:
Bürgergeld durch Grundsicherung mit Bürgerarbeitspflicht ersetzen, Sachleistungen für Asylbewerber, Erhöhung des Steuerfreibetrags, Einführung eines Junior-Spardepots, Rentenniveau anheben, Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, familienfreundliche Politik.

7. Wohnraum:
Illegale Zuwanderung stoppen, Energiekosten senken und Dämmvorschriften abmildern, Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes, Schutz des Eigentums vor staatlichen Eingriffen.

Arbeitsame Stimmung bei der Klausurtagung der Bundestagsfraktion der AfD.

WIRTSCHAFT UND ENERGIE: DAS SCHWERE ERBE DER AMPEL

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie trägt unter der neuen Leitung von Katherina Reiche einen Namen, der Programm sein sollte: Wirtschaft und Energie gehören untrennbar zusammen. „Die Zusammenlegung dieser für unser Land so wichtigen Bereiche halte ich für richtig", betont Dr. Malte Kaufmann, Obmann der AfD im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. „Sie ebnet den Weg zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, die endlich wieder die Bedürfnisse der deutschen Industrie ins Zentrum stellt – und das heißt vor allem: günstige, verlässliche Energie." Doch der Weg ist steinig, denn die Ampel-Regierung und Robert Habeck haben eine Spur der Verwüstung hinterlassen.



600 Millionen Euro Schaden für den Steuerzahler verursachte die Northvolt-Pleite. Warum wird Fahrlässigkeit bei Politikern nicht bestraft?

Grüne Träume, harte Realität:
Habeck hinterlässt einen Scherbenhaufen

Ein Paradebeispiel für grünen Größenwahn ist die Pleite von Northvolt. Der schwedische Batteriehersteller sollte mit einem 600-Millionen-Euro-Staatskredit nach Schleswig-Holstein gelockt werden. Das Ergebnis? Ein finanzieller Totalschaden, der als einer der größten Skandale der Bundesrepublik in die Geschichte eingehen könnte. Der Bundesrechnungshof deckte auf, dass das Desaster absehbar war. Ein Gutachten der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PWC) warnte bereits im Juni 2023 – vor Habecks Kreditentscheidung – vor einem „erhöhten Ausfallrisiko" und stellte klar, dass Northvolt von externen Geldgebern abhängig war und den Kredit kaum würde zurückzahlen können. Doch Habeck und Co. schauten weg. „Anscheinend haben KfW, Ministerium und Landesvertretung sich darauf geeinigt, nicht so genau hinzusehen", kritisiert Kaufmann. „Wir erwarten, dass das Ministerium unter Reiche diesen Skandal lückenlos aufklärt und sicherstellt, dass solch ein Kontrollversagen nie wieder vorkommt!"

Auch in der Stahlindustrie zeigt sich das Scheitern grüner Planwirtschaft. Habecks Vision: Milliardenschwere Subventionen sollten Konzerne wie Salzgitter, ThyssenKrupp oder ArcelorMittal auf „grünen Stahl" umstellen – klimaneutral, basierend auf Wasserstoff. Doch die Realität ist ernüchternd. ArcelorMittal hat jüngst 1,3 Milliarden Euro Fördergelder ausgeschlagen,

Die deutsche Stahlindustrie: Mit Anreizen und Auflagen werden die Hersteller in die Produktion von teuren Ladenhütern gedrängt.

da die Umstellung in Deutschland unwirtschaftlich ist. Hohe Strompreise und fehlender Wasserstoff machen das Projekt zum Verlustgeschäft. Insgesamt flossen 6,9 Milliarden Euro in solche Projekte – mit dem Risiko, dass die Produktion ins Ausland abwandert. „Habecks grüne Ideologie zerstört die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie", so Kaufmann. „Grüner Stahl ist auf dem Weltmarkt ein Ladenhüter. Die Energiewende droht uns in die Deindustrialisierung zu treiben."

Was nun? Für die EU ist die Sache klar: Auch der Absatz der am Markt nicht benötigten Produkte muss durch faktischen Zwang – in Form von regulatorischen Auflagen und Subventionen – geschehen. Daher plant die EU-Kommission, die Vergabe von Förderungen bei Bauprojekten der öffentlichen Hand an die Verwendung von „Grünen" Baustoffen zu knüpfen – ein weiterer planwirtschaftlicher Eingriff zum Vertrieb von ansonsten unverkäuflichen Produkten. Malte Kaufmanns Ausschusskollege Kay-Uwe Ziegler (AfD) aus dem Wahlkreis Mansfeld in Sachsen-Anhalt veröffentlichte jüngst eine interessante Pressemitteilung dazu, die Sie hier finden können:

Ziegler vermutet, dass diese Maßnahme getroffen wird, um den „dekarbonisierten" Produkten einen Scheinerfolg zu verschaffen, auf den die Politik sich dann wieder beziehen kann. Dass Fördermittel aus Steuergeld öffentliche Bauprojekte verteuern, sei jedoch ein Irrsinn, der den Markt zerstört und die Steuerzahler doppelt belastet, so Ziegler.

Für die AfD ist die Antwort klar: „Wenn wir die Deindustrialisierung stoppen wollen, brauchen wir eine radikale Kehrtwende in der Energiepolitik", fordert Kaufmann. „Das geht nur mit günstiger, verlässlicher Energie – und das bedeutet, wir müssen über Atomkraft reden." Tatsächlich war Ministerin Reiche sogar Mitte Juni auf einer Tagung der Nuklear-Allianz in Luxemburg, zu der Länder wie Frankreich, Schweden und Polen gehören, die auf Kernenergie setzen. Doch die Kritik folgte auf dem Fuße: Umweltminister Schneider kritisierte Reiches Vorstoß scharf. Reiche wiegelte ab, sie habe „nur zugehört". Ein mutloser Rückzieher, der zeigt: Der Weg zur Vernunft ist noch sehr weit.

Lieferkettengesetz abschaffen?
Das nächste gebrochene Versprechen des Friedrich Merz

Auch beim Thema Bürokratie liefert die Union nicht, wie von den Bürgern bei der Wahl bestellt: Das für Unternehmen schädliche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) bedeutet zu viel Bürokratie für Angelegenheiten, die nicht in der Verantwortung der Unternehmen liegen, sondern bei der Politik. Das wusste Friedrich Merz im Wahlkampf auch noch. Inzwischen ist das scheinbar vergessen. Statt die Wirtschaft zu entlasten, verheddert sich die Regierung in Brüsseler Vorgaben und leeren Versprechungen. „Das Lieferkettengesetz ist ein Angriff auf unsere Unternehmen", erklärt Dr. Malte Kaufmann. „Es stranguliert den Mittelstand, schadet der Wettbewerbsfähigkeit und bringt keinen messbaren Nutzen für Menschenrechte. Die Koalition muss endlich handeln!"

Das LkSG, seit Januar 2023 für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeitern und seit 2024 ab 1.000 Mitarbeitern in Kraft, zwingt Firmen dazu, ihre gesamten Lieferketten auf Menschenrechts- und Umweltstandards zu prüfen. Der Aufwand ist enorm: Laut der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) planen inzwischen 23 Prozent der großen Unternehmen und 15 Prozent der neu betroffenen Firmen, sich aus Risikoländern zurückzuziehen. Das Ergebnis? Lieferketten brechen zusammen, der internationale Handel wird behindert, und deutsche Unternehmen verlieren im globalen Wettbewerb an Boden. „Das Gesetz bestraft deutsche Firmen für Probleme, auf die sie keinen Einfluss haben", kritisiert Kaufmann. „Statt Kinderarbeit zu verhindern, treibt es Arbeitsplätze ins Ausland."

Die AfD legte mit ihrem von Malte Kaufmann initiierten Gesetzentwurf (21/329) und einem Antrag zur Abschaffung der

EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) einen klaren Plan vor: Das LkSG sofort streichen und die EU davon überzeugen, die geplante Richtlinie von 2024, die ab 2028 greifen soll, zu kippen. Doch im Bundestag scheiterte die AfD an der Mehrheit von CDU/CSU und SPD, die den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen, statt ihn im Wirtschaftsausschuss zu behandeln, wie von der AfD gefordert. Der Sozialausschuss beerdigte das Vorhaben dann. Gleiches wiederfuhr dem AfD-Antrag auf Einleiten einer Bürokratiewende.

Die CDU mag im Wahlkampf mit „Wirtschaftswende“ geworben haben, doch mit der SPD als Koalitionspartner, die das Lieferkettengesetz als „Errungenschaft“ verteidigt, bleibt es bei leeren Worten. „Die SPD blockiert jede Entlastung“, so Kaufmann. „Merz redet von Bürokratieabbau, aber mit den Sozialdemokraten bleibt alles beim Alten.“

Anfang Juli wurde ein Brandbrief von Arbeitnehmervertretern der ostdeutschen Chemie- und Stahlindustrie, unter anderem von BASF Schwarzheide, ArcelorMittal und Leag publik. Die Autoren kritisieren, dass die Energiepläne der Bundesregierung, insbesondere die Stromsteuer-Senkungen, nicht ausreichen, um die Industrie aus der Krise zu führen. Die Vertreter warnen, dass „nie so viele gute Arbeitsplätze bedroht waren wie heute“, und fordern ein Moratorium für die Energiewende sowie ein Ende der Kraftwerksabschaltungen. Sie kritisieren, dass die aktuellen Maßnahmen nur Symptome behandeln, nicht aber die Ursachen der Energiekrise.

Etwa zeitgleich richteten Wirtschaftsverbände wie der Handelsverband Deutschland und der Groß- und Außenhandelsverband BGA am 4. Juli 2025 einen Brandbrief an Merz. Sie werfen ihm Wortbruch vor, da die versprochene Stromsteuersenkung für alle Unternehmen nicht umgesetzt wurde, sondern nur für das produzierende Gewerbe. Dies führe zu fehlenden Hunderten Millionen Euro in der Geschäftsplanung des Handels.

Ein weiterer Brandbrief kam bereits im April 2025 vom Verband der Familienunternehmer, die die Koalitionspläne von CDU und SPD scharf kritisierten und vor einer ausufernden Wirtschaftskrise warnten. All diese Schreiben spiegeln die wachsende Unzufriedenheit in verschiedenen Wirtschaftsbranchen wider, die entschlossenere Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Energiekrise fordern.

Am 8. Juli kritisierte Malte Kaufmann in seiner Rede zum Einzelplan „Wirtschaft und Energie“ im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut, dass die Regierung Merz ihr Versprechen, für spürbare Entlastungen zu sorgen, bricht. Stattdessen würde eine Schuldenorgie den falschen Weg der Subventionen von Ideologie-Projekten festschreiben und die kommenden Generationen belasten. Die AfD steht für den Weg der unternehmerischen Freiheit und des selbstständigen Unternehmertums. Die vollständige Rede hören Sie hier:

Zehn ordentliche Mitglieder und zehn Stellvertreter der AfD-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

INFORMATIONSFAHRT DES BUNDESPRESSE-AMTES: BÜRGER BESUCHEN DEN BUNDESTAG

Die erste der regelmäßig stattfindenden politischen Bildungsfahrten in der neuen Wahlperiode fand vom 25.–28. Mai 2025 statt. Nach der Berlinreise traf sich ein Mitglied unseres Redaktionsteams mit einem Teilnehmer der Reise zum Gespräch. Gleich die ersten Aussagen waren voll Lobes. Unser Gesprächspartner war beeindruckt: „Die Atmosphäre war entspannt, die Menschen angenehm und offen, die Teilnehmer freuten sich auf die Reise, die Begegnungen und die Eindrücke in Berlin. Die Startzeit gegen Mittag ermöglichte eine entspannte Anreise."

Am Tag nach der Anreise ging es in den Bundesrat und zum Deutschen Bundestag. Der Bundesrat war für einige sehr spannend, da die Arbeit dort weniger bekannt ist als das, was man von Planerdebatten im Bundestag kennt. Dieser wurde später im Laufe des Tages besucht. Mit Blick von der Empore stellte unser Teilnehmer überrascht fest, „wie klein das aussieht." Gleichzeitig wirkt der Bundestag „bombastisch", wenn man noch nie drin war.

Die Berlinreisen beinhalten immer auch eine Stadtrundfahrt, die meistens auf zwei Tage verteilt wird. „Unser Reiseleiter vor Ort hatte einen guten Humor.", sagte unser Interviewpartner. „Wir hatten den Eindruck, dass er jedes Haus in Berlin kennt, so dass es die Möglichkeit gab, sehr viele Eindrücke aufzunehmen und viel zu lernen.

Den Tränenpalastbesuch fand ich enorm spannend. Auf jeden Fall ein empfehlenswerter Besuch. Wir haben vieles über das Leben in der DDR gelernt, in der die Menschen wesentlich weniger Freiheit hatten und mehr von ihrer Regierung überwacht wurden als die Menschen im Westen. Außerdem lernten wir, dass der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wiedervereinigung komplexe Prozesse waren, die beinahe so nicht stattgefunden hätten. Insbesondere, dass alles so friedlich verlaufen ist, ist rückblickend nicht selbstverständlich."

Ein wichtiger Programmpunkt der Reise ist die Begegnung mit dem Bundestagsabgeordneten, der die Fahrt veranlasst hat. Viele Gruppenteilnehmer kennen den Abgeordneten vor diesem Treffen noch nicht persönlich. Dr. Malte Kaufmann nahm sich eine Stunde Zeit, um die Gruppe zu begrüßen und Fragen zu beantworten. Die Möglichkeit dazu wurde eifrig genutzt. In den Antworten zeigte sich das Insiderwissen des Abgeordneten, der aus den Erfahrungen im Bundestag heraus ganz anders berichtet als ein Beobachter von außen.

Insgesamt zieht unser Gast ein sehr positives Fazit und lobt auch ausdrücklich das Hotel und die Verpflegung. Von vielen Teilnehmern wird auch immer wieder hervorgehoben, wie angenehm es ist, mit Gleichgesinnten zu reisen. Man versteht sich und freut sich auf einige Tage in entspannter Gesellschaft.

„KEINE REGIERUNG DARF DIESE BEHÖRDE ALS MACHTINSTRUMENT MISSBRAUCHEN."

Gastbeitrag von Martin Hess MdB

Martin Hess ist Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie stellvertretender innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion.

Es ist ein Fakt: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist keine unabhängige Institution, denn es untersteht der Dienst- und Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums und damit der direkten Kontrolle der amtierenden Bundesregierung. An der Spitze des Verfassungsschutzes stehen politische Beamte – ihr Amt setzt Loyalität gegenüber der jeweiligen Regierungslinie voraus. So steht es in § 30 des Beamtenstatusgesetzes. Liegt eine „politische Unvereinbarkeit" vor, können politische Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das ist ein machtpolitisches Instrument par excellence.

Dr. Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Präsident des Verfassungsschutzes, bestätigte die politische Abhängigkeit im Mai in einem Interview. Seine Abberufung im Jahr 2018, damals unter Innenminister Seehofer, war nichts anderes als ein Exempel. Das Signal war deutlich: Wer sich den Machthabern nicht unterordnet, wird entfernt. Auch sein Nachfolger Thomas Haldenwang ließ – vermutlich unfreiwillig – keine Zweifel an der politischen Abhängigkeit seiner Behörde, als er erklärte, es sei „nicht allein" die Aufgabe des BfV, die AfD-Umfragewerte zu senken. Ein ungeheuerlicher Satz, der nahelegt, dass der Verfassungsschutz aktiv Einfluss auf die politische Willensbildung nimmt.

Der politische Missbrauch des BfV kulminierte in der Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch". Ausgerechnet kurz bevor Innenministerin Nancy Faeser aus ihrem Amt ausschied, wurde diese Bewertung von ihr selbst veröffentlicht – zu einem Zeitpunkt, als die AfD bundesweit zur stärksten Kraft avancierte. Die Gerichte setzten die Einstufung umgehend aus – eine Blamage für das BfV und die Juristin Faeser.

Die Grundlage dieser Einstufung war ein „geheimes" Gutachten mit über 1000 Seiten, das der AfD vorenthalten wurde – und das Faeser selbst nie geprüft hat. Die „Beweise"? Öffentlich zugängliche Zitate, Reden und Social-Media-Beiträge – willkürlich herausgegriffen, ideologisch uminterpretiert. Das Gutachten enthält keinerlei geheimdienstliche Erkenntnisse, keine nachrichtendienstliche Substanz.

Diese Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes zur Stigmatisierung einer erstarkenden Oppositionspartei ist ein direkter Angriff auf die Grundfesten des Rechtsstaats. Ein Verfassungsschutz, der zur Waffe gegen unliebsame politische Kräfte umfunktioniert wird, stellt selbst eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Wer so agiert, steht nicht auf dem Boden der Verfassung – er untergräbt sie. Deshalb ist eine Entpolitisierung des Verfassungsschutzes zwingend erforderlich. Kein Minister darf Einfluss auf den Geheimdienst nehmen, keine Regierung darf diese Behörde als Machtinstrument missbrauchen. Die Aufgabe des BfV muss klar und ausschließlich im Schutz unserer Verfassung liegen – nicht im Schutz der Macht der jeweils Herrschenden.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe: Nur hier kann über eine mögliche Verfassungsfeindlichkeit von Parteien entschieden werden.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT IM KAMPF GEGEN DAS VERBRECHEN

Auf der OSZE-Konferenz in Rom mit Matteo Salvini

OSZE-Konferenz in Rom

Vom 5. bis 6. Juni 2025 nahmen Dr. Malte Kaufmann und sein Kollege Stefan Keuter mit 80 Parlamentsabgeordneten aus mehr als 25 Ländern an der OSZE-Konferenz zu Organisierter Kriminalität, Korruption und Terrorismus in Rom teil. Hier lohnt sich tatsächlich die grenz- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit. Denn gerade kriminelle Netzwerke nutzen internationale Kryptowährungen, KI und Blockchaintechnologie. Kaufmann und Keuter waren ebenfalls grenzübergreifend tätig und knüpften zahlreiche Kontakte zu rechtskonservativen Abgeordneten, etwa zu Minister Matteo Salvini (Lega).

Besonders interessant waren die Vorträge italienischer Experten mit jahrzehntelanger Erfahrung im Kampf gegen die Mafia. Laut Eugenio Zoffili ist die Beschlagnahmung von Vermögenswerten das beste Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung, die allerdings nur mit gegenseitiger Rechtshilfe und Informationsaustausch funktioniert. Auch die Radikalisierung Jugendlicher und gewalttätiger Extremismus wurden besprochen. Kriminelle Netzwerke finanzieren diese Aktivitäten mit Drogen- und Waffenhandel sowie Geldwäsche.

Die Konferenz schloß mit einer gemeinsamen Erklärung zur internationalen Zusammenarbeit. Denn wie Papst Franziskus († 2025) bereits bei einer öffentlichen Messe 2014 sagte: „Die Korruption der Mächtigen wird von den Armen bezahlt."

3. Sitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg

Bei der 3. Sitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 23. bis 27. Juni in Straßburg konnte die AfD mehrere Erfolge verbuchen. Malte Kaufmann wurde als Koordinator der AfD-Delegation bestimmt und als Mitglied im Fraktionsvorstand der konservativen und patriotischen Fraktion ECPA (European Conservatives, Patriots and Affiliates) aufgenommen. Ferner wirkt er im „Monitoring Ausschuss" mit, der die Einhaltung demokratischer Regeln überwacht.

Ein erster Erfolg gelang beim Briefing aller Fraktionen durch die deutsche Botschafterin am 22. Juni. Die acht Abgeordneten der anderen Fraktionen (CDU, Grüne) wollten sich ausschließlich mit der EU-freundlichen georgischen Oppositionspartei treffen. Malte Kaufmann erklärte, dass man mit jedem, auch mit der EU-kritischen Regierungspartei reden müsse. Da die AfD bei der Abstimmung die Mehrheit stellte, wurde das Gespräch mit der georgischen Opposition auf den Status eines informellen, privaten Treffens heruntergesetzt.

Dennoch gibt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, da die Abgeordneten aus Ländern wie Rumänien und Moldawien durch die Medien stark gegen die AfD eingenommen worden

Die neue AfD-Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Adam Balten, Birgit Bessin, Martina Kempf, Heinrich Koch, Achim Köhler, Pierre Lamely und Johann Martel.

waren. Unsere Delegationsmitglieder klärten in den Pausen über den Asylmissbrauch in Deutschland auf und konnten so einige Augen öffnen, die zuvor fest verschlossen waren.

Parlamentarische Versammlung der OSZE in Porto

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Porto vom 29. Juni bis zum 03. Juli zeigte ebenfalls, dass es noch viel zu tun gibt. Malte Kaufmann und Stefan Keuter trafen am Rande der Sitzung erstmals Abgeordnete der „Patriots for Europe“ und besprachen die Möglichkeit, eine eigene Gruppe innerhalb der OSZE PV zu gründen. Grund dafür waren negative Äußerungen des britischen, konservativen Delegierten Mark Pritchard in der Fraktion der Konservativen. Pritchard hatte – wie der Spanier Pere Joan Pons – für das Amt des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung OSZE kandidiert. Wegen seines AfD-Bashings verlor Pritchard jedoch u.a. die Stimmen der empörten Kollegen von Vlaams Belang (Belgien). Am Ende gewann sein spanischer Konkurrent Pons. Dieser hatte sich den AfD-Abgeordneten gegenüber viel freundlicher und offener gezeigt.

EINSATZ FÜR DEMOKRATISCHE WAHLEN – WAHLBEOBACHTER IN ALBANIEN UND POLEN

Nach dem Fall der Berliner Mauer ging die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aus der Konferenz für Sicherheit und Europa (KSZE) hervor. Unter dem Dach der OSZE, die 57 Staaten umfasst, ist das ODIHR zuständig für die Beobachtung von Wahlen. Mehr als 300 Wahlen wurden in 25 Jahren beobachtet, in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig 2009. „Ziel ist, sicherzustellen, dass Wahlen frei, fair und gleich sind. Im Fall von Mängeln werden diese öffentlich benannt.“ Diese Beobachtermissionen werden regelmäßig mit Unterstützung von Abgeordneten verschiedener OSZE-Länder durchgeführt.

Im Mai nahm Malte Kaufmann an zwei Wahlbeobachtermissionen teil. Am 8. Mai startete er nach Albanien. Es erfolgte ein Briefing für die Parlamentswahl wenige Tage später. Die Anreise eine halbe Woche vor dem eigentlichen Wahltermin dient der Vorbereitung der Wahlbeobachtung. Es werden Einsatzorte ausgewählt, Zweierteams festgelegt und vieles mehr. In Albanien waren 300 Wahlbeobachter im Einsatz: Malte Kaufmann gemeinsam mit einer italienischen Kollegin ca. eine Stunde von Tirana entfernt.

Bereits eine Woche später fanden die Präsidentschaftswahlen in Polen statt. Wieder waren Wahlbeobachter vor Ort. Die Anreise erfolgte auch hier bereits am Donnerstag, so dass Malte

Mit der Kollegin Yulia Ovchynnykova (ALDE-Fraktion) und einem polnischen Wahlleiter bei Wahlbeobachtungen zur Präsidentschaftswahl.

Kaufmann mit Briefing, Vorbereitung und Durchführung auch hier wieder mehrere Tage im Einsatz war, am Wahlsonntag war er schließlich in Warschau und Łódź.

Er stellte dazu fest: „Ich freue mich, meinen Teil dazu beizutragen, dass die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Gleichzeitig sind die Begegnungen mit Menschen im Land und den Vertretern aus den Parlamenten anderer europäischer Länder immer sehr wertvoll für mich.“

BI GEGENWIND BERGSTRASSE ERZWINGT BÜRGERENTSCHEID

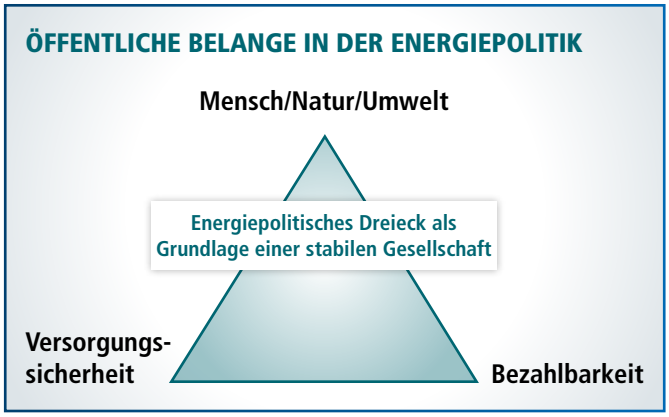
Dr. Malte Kaufmann mit Dr. Andreas Geisenheiner.

In Schriesheim und Dossenheim im Rhein-Neckar-Kreis wird es noch in diesem Jahr einen Bürgerentscheid über den Bau von Windindustrie in den zu den Gemeinden gehörigen Waldgebieten geben. Die erforderlichen Unterschriften sind gesammelt, die Rathäuser haben die Gültigkeit bestätigt. Einer der Initiatoren ist Dr. Andreas Geisenheiner, aktives Mitglied der BI und Mitglied im Kreisverband der AfD. Wir haben ihn befragt:

Herr Dr. Geisenheiner, warum treten Sie als erfahrener Ingenieur gegen die Nutzung der Windkraft im Wald auf?
A. G.: Windenergie ist eine wetterabhängige Umweltenergie geringer Energiedichte. Ohne jederzeit verfügbare Backup-Kraftwerke oder Langzeitspeicher funktioniert die Energiewende nicht, und mit ihnen wird sie unbezahlbar. Windräder in Wäldern des windschwächsten Bundeslandes bekommen über den „Südbonus“ als Stromertragspreis nicht nur 7 Ct/kWh, sondern 11Ct/kWh. Der Steuerzahler darf eine zusätzliche Schwachwind-Subventionierung von 4 Ct auf den Strompreis erbringen. Unsere vorhandenen Kohle- und die noch stillliegenden Kernkraftwerke erzeugen Grundlaststrom unterhalb von 5 Ct/kWh. Windräder stehen bei uns an 120 Tagen des Jahres komplett still. Sie schöpfen ihr Leistungspotenzial nur zu 20 Prozent aus. Der dafür notwendige Material- und Bauaufwand ist nicht effektiv und im Wald beschädigen sie dazu noch unsere grüne Lunge.

Sie sind ein langjähriges Parteimitglied und engagieren sich als Schriesheimer Bürger parallel in der Bürgerinitiative Gegenwind Bergstraße. Wie bekommt man das unter einen Hut?
A. G.: Als 2011 von der neugewählten grünen Landesregierung den Windrädern Vorrang eingeräumt wurde, gründeten sich dagegen in den Folgejahren landesweit die Bürgerinitiativen. Ich trat sofort ein. Damals war die Brandmauer noch nicht erfunden, aber es war ratsam, meine Parteimitgliedschaft, die jeder kannte, nicht nach außen zu bringen. 2023 zog ich in den Kreistag ein. Als die BI im Januar 2023 eine Vortragsveranstaltung in Dossenheim abhielt, outete ich mich als AfD-Kreisrat und bekam es sofort mit der Antifa zu tun. Sie setzte den BI-Vorstand unter Druck, mich auszuschließen. Dass das nicht gelang, verdanke ich der Vereinssatzung, die Parteineutralität garantiert. Der Moment, in dem 16 von 21 Vereinsmitgliedern gegen meinen Ausschluss stimmten, bleibt mir unvergessen. Andernfalls wäre der Verein als Antifa-Opfer geplatzt. Der jetzt erkämpfte Bürgerentscheid zur Windkraft ist auch die Frucht dieser vereinsinternen Festigung. Wir erreichten mittels kombinierter Verteilung von Flugblättern und Unterschriftslisten in beiden Orten jeweils mehr als 1.000 Zustimmungen zum Bürgerbegehren. Der Entscheid wird am 9. November stattfinden.

Die AfD lehnt ja aus gutem Grund den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien ab. Warum lehnt der Verein nur die Windkraft im Wald ab und wie stehen Sie dazu?
A. G.: Die Befürworter von Windkraft lehnen Technologieoffenheit ab, aber wir sehen das große Ganze: Die Energiepolitik eines Industrielandes muss das Zieldreieck der Energiewende erfüllen, wofür ein lokal angepasster, voll funktionsfähiger Energiemix notwendig ist. Dazu mag im Norden auch die Windkraft zählen, im Süden ist sie ungeeignet, und Back-Up-Kraftwerke braucht es in beiden Regionen. Die BIs, die sich bei uns gegen die Windkraft einsetzen, konzentrieren sich aber zu



Recht auf den Schutz ihrer heimischen Wälder, denn das ist ihr Revier, für das sie sich einsetzen können.

Die AfD geht darüber hinaus und fordert aus ökonomischen Gründen ein Moratorium für den Ausbau von Wind- und Solar, da diese kein einziges der Ziele „Versorgungssicherheit", „Bezahlbarkeit" und „Umweltschutz" erfüllen. Die wetterabhängigen Erneuerbaren destabilisieren die Stromnetze, erhöhen die Kosten und schädigen die Umwelt. Die BIs kämpfen für den Schutz der heimischen Wälder, weil Windräder dort die Natur zerstören. Die AfD setzt sich für den Weiterbetrieb von Kohle- und die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken ein, um eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung zu gewährleisten. Das passt gut zusammen.

Vielen Dank und viel Erfolg beim Bürgerentscheid!

DER VERZWEIFELTE KAMPF GEGEN FAIRPLAY UND DEMOKRATIE

Auf der Internetseite des FC Bundestag heißt es: „Partei ergreifen für Demokratie und Fairplay." Die Vereinsmitglieder – aktuelle und ehemalige Bundestagsabgeordnete – stehen allerdings eher für das Gegenteil: 2024 entlarvten sich die meisten Vertreter der sogenannten „demokratischen" Fraktionen im FC Bundestag als Feinde der Demokratie. Entgegen der eigenen Satzung und Aussagen auf der Internetseite „Spieler aus allen Fraktionen sind dort vertreten", hatten sie im März alle AfD-Mitglieder des Vereins aus dem Spielbetrieb ausgeschlossen.

Malte Kaufmann und Kollegen klagten dagegen und bekamen Recht. Am 11. März 2025 stellte das Berliner Landgericht II fest, dass der Beschluss des FC Bundestag gegen dessen eigene Satzung verstößt und damit nichtig ist. Die „Superdemokraten" der Altparteien wollten das nicht hinnehmen und legten Widerspruch ein.

Der Deutschlandfunk sendete im Mai einen Bericht, in dem mehrere Mitglieder des FC Bundestag zu Wort kommen: Ein Mitglied beklagt, es sei „super unangenehm", von den AfDlern nicht zu wissen „wie sie sind". Ein anderer Spieler ist der Überzeugung: „Man muss nicht mit jedem Sport machen." Das ist sicher richtig, denn wer sich mit den Idealen und Grundsätzen eines Vereins, die in der Satzung niedergelegt sind, nicht (mehr) identifizieren kann, kann diesen auch verlassen. Zum Fußballspielen wird kein Abgeordneter gezwungen.

Wie geht es weiter? Am besten wäre es für alle Beteiligten, der Vorstand nähme die Berufung gegen das Urteil zurück. Die Aussichten dafür, dass die Mannschaft wieder mit Vertretern aller Fraktionen aufläuft, haben sich nämlich gerade deutlich verbessert: Das Kammergericht Berlin beabsichtigt, die Berufung des FC Bundestag gegen das Urteil des Landgerichts zurückzuweisen. Der Senat ist einstimmig der Auffassung, dass die Berufung keine Aussicht auf Erfolg hat. Der FC Bundestag kann nun noch Stellung nehmen, allerdings verdoppeln sich dann die Gebühren. Ein deutlicher Hinweis des Gerichts. Der Unvereinbarkeitsbeschluss des Parlamentsklubs FC Bundestag mit einer AfD-Mitgliedschaft ist und bleibt nichtig, der Ausschluss von AfD-Abgeordneten aus dem Spielbetrieb rechtswidrig.

Jörn König und Malte Kaufmann erklären: „Die zurückgewiesene Berufung und das nun bestätigte Urteil des Landgerichts Berlin sind ein großer Erfolg, über den wir uns sehr freuen!"

ÜBER DIE DESIDERIUS-ERASMUS-STIFTUNG UND DAS LINKE VORFELD

Vom 23. bis 25. Mai fand ein Seminar der parteinahen Stiftung der AfD, der Desiderius-Erasmus-Stiftung, unter dem Titel „Staatsfinanzierte NGOs und Zivilgesellschaft – Über den linken Versuch, Demokratie durch Demokratiesimulation zu ersetzen“ statt. Allein die Tatsache, dass der Veranstaltungsort geheim gehalten werden musste, war Beleg dafür, wie stark „Unsere Demokratie“ unter den allgegenwärtigen Sittenwächtern der NGOs leidet.

Besonders beeindruckend an dem Seminar waren die kurzweiligen und höchst professionellen Vorträge des brillanten Rechtsanwalts Dr. Ulrich Vosgerau, der aus den Niederungen der Geldverteilung unter NGOs und den Stiftungen berichtete. Bis zur Verabschiedung des Stiftungsfinanzierungsgesetztes (StiftFinG) im Jahr 2023 teilten die Altstiftungen „freihändig“ das ihnen zur Verfügung stehende Steuergeld unter sich auf – in der letzten Legislaturperiode sage und schreibe 3,5 Milliarden Euro. Erst nach etlichen, von Dr. Vosgerau angestrengten Verfahren, wurden im neuen Gesetz klare Regeln aufgestellt.

Seitdem haben parteinahe Stiftungen das Anrecht auf Förderung, wenn „ihre“ Partei zum dritten Mal hintereinander in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen ist. Wie Erika Steinbach, Vorsitzende der Erasmus-Desiderius-Stiftung (DES) ausführte, würden der DES nach eigenen Berechnungen ab 2026 jährlich rund 18 Millionen Euro aus dem Etat des Innenministeriums zustehen.

Bestehende Pfründe möchte niemand gerne einfach so abgeben. Daher hatten die Koalitionsparteien durch einen Passus im StiftFinG entsprechend vorgesorgt: Stiftungsgelder können verweigert werden, „wenn eine verfassungsfeindliche Prägung der politischen Grundströmung, die der Stiftung zuzuordnen ist“, vorliegt. Diese Vorgabe ist eine ideale Steilvorlage für staatlich finanzierte NGOs, deren Existenzberechtigung laut Steinbach darin besteht, dort aktiv zu werden, wo die Altparteien es nicht dürfen. Vosgerau wiederum bezeichnete die NGOs als „Schattenreich des zweiten öffentlichen Dienstes“, das die „politische Meinungsbildung“ beeinflusst.

Exemplarisch hierfür sind die wohlkoordinierten NGO-Kampagnen, um die „Kaderschmiede“ der DES für zukünftige AfD-Politiker im Keim zu ersticken. Campact unkt, die DES könne bald „rechtsextreme Netzwerke ausbauen und ihre gefährliche Ideologie verbreiten“ und fordert Innenminister Dobrindt mit einer Unterschriftenaktion auf, die „verfassungsfeindliche“ AfD-Stiftung „von der Förderung auszuschließen“. Diese Campact-Aktion findet sich wiederum als Verweis auf

Förderung der politischen Stiftungen in der 20. Legislaturperiode (10/2021 bis 02/2025)		**Anzahl der Mitarbeiter***
Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD)	**1.388.945.000 €**	**628**
Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU)	**869.913.000 €**	**662**
Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne)	**342.429.000 €**	**272**
Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP)	**329.927.000 €**	**224**
Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke)	**317.464.000 €**	**230**
Hanns-Seidel-Stiftung (CSU)	**257.360.000 €**	**241**
Desiderius-Erasmus-Stiftung (AfD)	**0 €**	**0,5**
Summe	**3.506.038.000 €**	**2.257,5**

* Festangestellte im Inland im Jahr 2022

der Netzseite der Bildungsstätte Anne Frank wieder, die ebenfalls Empörungsmanagement betreibt: „Kein Steuergeld für die AfD-Stiftung!“

Solche konzertierten Aktionen im linken Vorfeld der Koalitionsstiftungen wären jedoch nichts ohne die „Wannsee“-Initiatoren bei Correctiv, die auf ihrer Netzseite über ein privates Hauskonzert und die anschließende Gartenparty bei Erika Steinbach berichteten und heimlich aufgenommene Bilder von Roland Tichy sowie weiteren Gästen präsentierten und skandalisierten. Doch damit nicht genug: In SED-Manier werden Leser auf der Correctiv-Seite dazu aufgefordert – gern auch über einen anonymen Briefkasten – Hinweise zur Desiderius-Erasmus-Stiftung einzusenden. Eigentliches Ziel ist auch hier, der Stiftung mittels Skandalen Gelder wegen ihrer Nähe zur „rechtsradikalen Szene“ vorzuenthalten. Wohlgemerkt: Die Argumentationsbasis sind heimlich aufgenommene Bilder der Gäste einer privaten Feier.

Was ist nun das Motiv dieser linken Umtriebe? Die Koalitionsparteien haben Angst um ihre Deutungshoheit, die NGOs um ihr leicht verdientes Geld. Nun rennen sie umher wie ein aufgescheuchter Hühnerhaufen. Die DES hingegen hat bereits konkrete Pläne für rund 1.000 Veranstaltungen pro Jahr und eine Stipendiatenförderung, sobald die Gelder vorliegen – die sechs bestehenden Stiftung förderten etwa insgesamt 11.223 Stipendiaten im Jahr 2022. Diese zukünftigen Netzwerke und Multiplikatoren sind eine Bedrohung für das linke Vorfeld, das über die letzten Jahrzehnte sorgfältig wie eine heimliche Truman-Show aufgebaut worden war und letztlich danach strebt, die Gedanken der Bürger vorzuformen.

Ulrich Vosgerau und der Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung sind zuversichtlich, dass sie kurzfristig die Förderung erhalten werden. Bestätigt wurde diese Zuversicht durch Collin McMahon, der umfassend zu „Die Trump-Regierung und ihr Kampf gegen den Tiefen Staat. Elon Musk, DOGE, USAID und die NGOs“, referierte.

Zugegeben, kürzlich gelang es dem linksradikalen Bündnis Konstanz für Demokratie durch Androhung von Sabotage sowie massivem Druck auf die Hafenbehörde, die Werft und den Betreiber der MS Bodensee, die Vernetzungsveranstaltung des konservativen Senders Kontrafunk zu vereiteln, bei dem auch Erika Steinbach häufig zu Gast ist. Tatsächlich mutet diese Aktion jedoch eher wie eine Verzweiflungstat an, die den Märtyrerstatus der AfD lediglich weiter erhöht. Dies spiegelt sich eindeutig in den wachsenden Zahlen der Stammtischinteressenten und den AfD-Aufnahmeanträgen wider.

Schon Gandhi wusste um die Macht des gewaltfreien Widerstands: „Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“

Erika Steinbach ist Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

MEHR WEITBLICK?

**Einmal im Quartal erscheint das Magazin von Dr. Malte Kaufmann.
Bestellen Sie frühere Ausgaben einfach über das Abgeordnetenbüro!**

✉ malte.kaufmann@bundestag.de
☎ +49 (30) 227 77505

Impressum

WEITBLICK – Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 21 Quartal 03/2025 | Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Malte Kaufmann MdB • Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag • Landesgruppe Baden-Württemberg • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin | Auflage: 1.250 Stück | Bildnachweise: Seite 1 (Titel): Chris Kursikowski/ unsplash; Seite 5: hkama / AdobeStock; Seite 6: Getty/ unsplash; Seite 9: karlo54/ AdobeStock; Restliche Bilder: privat

malte-kaufmann.de | kaufmannmalte | maltekaufmann | malte.kaufmann

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG